

Eine wichtige Mitteilung.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Scheidemann hat in einer Wählerversammlung eine wichtige Mitteilung gemacht, die wohl in der ganzen Welt Beachtung finden wird. Er hat erzählt, daß im vorigen Jahr eine sozialdemokratische Deputation, der auch er angehörte, beim Reichskanzler gewesen sei, um ihn zu fragen, wie er über Annexionen denke. Der Reichskanzler habe aber ein solches Kriegsziel entschieden zurückgewiesen. Scheidemann spricht dabei ausdrücklich von Belgien und Nordfrankreich. Die Anfrage der Sozialdemokraten war durch eine im vorjährigen Sommer an den Reichskanzler gerichtete Denkschrift der sechs großen wirtschaftlichen Verbände angeregt worden, in der diese für den Friedensschluß sehr weitgehende Annexionen feindlicher Gebiete im Westen und Osten Deutschlands forderten, von denen die im Westen gelegenen hochindustrielle, die im Osten landwirtschaftliche Gebiete waren. Die Denkschrift selbst wurde auf unaufgeklärte Weise alsbald nicht nur in Deutschland, sondern auch im feindlichen Ausland bekannt. Hier war sie lange Zeit eines der besten Propagandamittel gegen Deutschland, dem bestwegen Eroberungsabsichten zugeschrieben wurden. Allerdings fand die Denkschrift auch in Deutschland scharfen Widerspruch. Dem Reichskanzler wurden verschiedene Gegen-Denkschriften überreicht, die sich ganz energisch gegen

teidigungskrieg eingesetzt. Der Abfall der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft machte die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion in letzter Zeit immer schwieriger. Das stärkste Argument gegen ihre fortgesetzte Bewilligung von Kriegskrediten bildete immer die Unklarheit über die Annexionsfrage. Da ist nun der Führer der Partei, derjenige, der von den Abgefallenen am schärfsten angefeindet wird, endlich mit der Sprache herausgerückt. Seine Absicht ist, die Stellung seiner Fraktion gegenüber den Sezessionisten der Partei zu stärken. Die Bedeutung seiner Mitteilung reicht aber über diesen ihren nächsten Zweck weit hinaus, und es ist nur zu hoffen, daß sie auch im feindlichen Ausland, besonders in Belgien und Frankreich, ernst genommen wird, wo die Deutschland zugeschriebenen Annexionsabsichten ein unübersteigliches Hindernis für jede Friedensdiskussion bisher gewesen sind.

die Annexionen überhaupt und besonders gegen die von den Verbänden befürwortete Art von Annexionen im eigensten Interesse des Deutschen Reiches wendeten. Doch konnten diese von einzelnen Männern ausgehenden Kundgebungen gegen das Gewicht der sechs großen Verbände nicht aufkommen.

Der Reichskanzler selbst hat in der seither verfloffenen Zeit sich verschiedene Male in Reichstagsreden und Interviews mit der Frage der Gestaltung Deutschlands nach dem Kriege und den Friedensbedingungen beschäftigt, sich dabei aber immer in überaus vorsichtig gewählten Ausdrücken bewegt, die der Interpretation weiten Spielraum ließen. Er sprach von der Sicherheit, die Deutschland gegen die Wiederholung eines solchen Krieges gewinnen, von Garantien, die es sich zu diesem Zwecke schaffen müsse. Jedes dieser Worte wurde von jeder der beiden Parteien, den Annexionisten und den Antiannexionisten, zwischen denen ein stiller Meinungskrieg in Deutschland wütete, in ihrem Sinne ausgelegt. In der Friedensrede vom 9. Dezember vorigen Jahres bezeichnete Herr v. Bethmann Hollweg die von den deutschen Truppen okkupierten feindlichen Gebiete als Faustpfänder, und der ihm folgende sozialdemokratische Redner Landsberg gab diesem Wort sofort die Interpretation, daß man Faustpfänder zurückgebe. Doch die Annexionisten wollten es nicht so verstanden haben. In seiner letzten Rede verwies der Reichskanzler die feindlichen Mächte auf die Kriegskarte, an deren Rand die Friedensbedingungen erörtert werden müßten. Die Annexionisten schöpften aus dieser Wendung neue Hoffnungen, und im Ausland wurde die Auffassung von Deutschlands Eroberungsplänen aufrecht erhalten.

Den Sozialdemokraten war diese Auffassung — ob sie nun im Inland in freundlicher oder im Ausland in feindlicher Beleuchtung dargestellt wurde — höchst fatal. Denn sie hatten sich in der berühmten Reichstagsitzung vom 4. August 1914, in der sie zum erstenmal die Kriegskredite bewilligten, ausdrücklich gegen einen Eroberungskrieg verwahrt und ledialich für einen Ver-